

chien, so daß sich etwa aus der Umkehrung der räumlichen Prioritäten per se schon eine in sozialer Hinsicht alternative Politik ergeben würde. Ein derartiges – von den Autoren gewiß nicht intendiertes – Mißverständnis müßte durch eine differenziertere Analyse der Form und des sozialen Inhalts der Funktionalisierung der jeweils abhängigen durch die dominanten Räume vermieden werden. Hierbei wären insbesondere die Entwicklung disparitärer Lebenslagen der Bevölkerung *innerhalb* der Kernstädte und in den Randzonen sowie die großräumigen Disparitäten und Umverteilungsprobleme zu berücksichtigen.

- Zerlegt man den Dezentralisierungsvorschlag von Häußermann/Siebel in seine beiden Komponenten (Akzeptieren des Trends der Randwanderung auch für die einkommensschwachen Schichten), so bleibt hinsichtlich der Mittelschichten unklar, wie der nicht weiter in Frage gestellte Wunsch nach dem eigenen Häuschen (Zersiedelung der Landschaft) und das Konzept der Bildung von relativ verdichteten Subzentren (die doch sicher nicht in der Form des verdichteten Flachbaus gedacht sind) vereinbar sind.

- Was die Dezentralisierung der Unterschichten betrifft, so wird durch die pauschalisierende These von der „Auflösung der Stadt“ eine Problematik eskamotiert, die Häußermann/Siebel in den „Thesen zur Soziologie der Stadt“ (Leviathan 4/78) selbst sehr prononciert hervorgehoben haben: Verstädterung und räumliche Zusammenballung als Chance zum Widerstand, zur Kommunikation und zur Ausbildung von Klassenbewußtsein – oder anders: Welche Entwicklungschancen hat die „kollektive Eigeninitiative“ in Neubaughettos bzw. im Siedlungsbrei? Nicht zuletzt diese Frage müßte sehr viel gründlicher untersucht und diskutiert werden, bevor man die – vielfach nachgewiesene – entpolitisierte räumliche Dispersion der Arbeiterschichten an den städtischen Peripherien zum Kern einer alternativen Stadtentwicklung machen sollte.

Diese Kritik beinhaltet durchaus das Einverständnis mit der Diagnose der gegenwärtigen Politik auf kommunaler Ebene als einer „negativen Umverteilungspolitik“ und der Forderung nach einer „alter-

nativen, sozialen Stadtentwicklungspolitik“, die sich auf jene konzentriert, „die einer Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse am meisten bedürfen.“ Unserer Meinung nach würde ein solches Konzept in jedem Fall die Priorisierung folgender Ziele/Forderungen implizieren:

- Konzentration öffentlicher Mittel auf altstädtische Problemgebiete und Neubaughettos – auf Gebiete also, die von der Privatinitiative vernachlässigt werden;

- Sicherung der unteren Schichten vor der Vertreibung in den Gebieten, die von der Privatinitiative erfaßt worden sind.

Für zu kurzschlüssig halten wir jedoch, zusammengefaßt, das Rezept, einen bestehenden – u.E. zudem nicht gänzlich eindeutigen – Trend einfach verstärken zu wollen und durch die Aufforderung an die Administration zu ergänzen, auch den einkommensschwachen Schichten die – in politischer und sozialer Hinsicht evtl. wenig wünschenswerte – Randwanderung zu ermöglichen. Die hier zur Debatte stehende Problematik dürfte kaum durch neue administrative Konzepte (was eine Dezentralisierung von oben bewirkt, haben Perlach und das Märkische Viertel gezeigt) gelöst werden, sondern erfordert einen starken politischen Träger, einem Stichwort, zu dem freilich auch Häußermann/Siebel kaum mehr als die Benennung der potentiellen – und in der BRD bislang übermächtigen – Gegner eingefallen ist. Natürlich läßt sich ein derartiger Träger nicht einfach herbeischwören. Dennoch scheint uns kein anderer Weg als der Bezug auf die sicherlich äußerst heterogenen Diskussionen in Bürgerinitiativen, sog. Alternativbewegungen, bunten/grünen Listen, Teilen der SPD, Gewerkschaften (in die die urbanistische Diskussion allerdings erst noch zu tragen ist) und sonstigen politischen im kommunalen Bereich agierenden Gruppierungen möglich zu sein. In diesem Sinn kann es sicherlich nicht schon um die Diskussion in sich abgeschlossener Konzepte gehen, sondern eher um das Anregen und Verbreitern einer „alternativen Logik“ in der Diskussion um sozialorientierte Stadtentwicklung – ein Sinn, in dem wir den Artikel von Häußermann/Siebel wie auch unsere Thesen verstehen wollen.

stischen *internen sozialen Polarisierungen* zwischen *zwangsseßhaften, immobilen* Bewohnergruppen und *hochmobiler Übergangsbevölkerung*, zwischen „*deklassierten*“ deutschen und „*unterschichtenden*“ ausländischen Arbeitern u.a.m. Die Rede vom Sammelbecken „einer armen Randgruppenbevölkerung“ (472) suggeriert das Bild einer sozial homogenen Innenstadtbevölkerung, das der Konzentration von „ökonomisch und politisch aktiven Mittel- und Oberschichten mit stärker konservativ geprägten Verhaltensmustern“ im Umland einfach gegenübergestellt wird.

Dieses vereinfachende Bild der Wandlungen städtischer Sozialstrukturen resultiert aus der Verwendung grobschlächziger sozialstruktureller Kategorien und *undefinierter Klassenbegriffe*. Dieses Bild erscheint uns problematisch und politisch folgenreich, weil es den Blick verstellt für eine realistische Einschätzung des politischen und sozialen Handlungspotentials der nach sozialen Lagen und sozialkulturellen Lebensstilen höchst heterogenen Bewohnergruppen in den Kernstädten der Ballungsräume. *Überschätzt* werden bei einer Fixierung auf dieses Zerrbild städtischer Sozialstrukturen die Bedingungen der Möglichkeit kollektiver, solidarischer Aktion; fatal *unterschätzt* werden hingegen die *verschiedenen Formen sozialer und politischer Partikularisierung*. Es verwundert daher nicht, daß die Autoren die Frage nach den politisch-gesellschaftlichen Trägern ihrer Alternativvorschläge nicht anders zu beantworten wissen als mit dem nebulösen Hinweis auf den „Kassen-Standardpunkt“ aller (!) politischen Parteien, der sich unter dem Druck der „sich abzeichnenden Konflikte im Gefolge der (Wachstums-)Krise der Städte“ offenbaren soll (483).

Anhand eines kruden Zweiklassenschemas („Randgruppenbevölkerung“ gegen „Mittel- und Oberschichten“), das in der Argumentation immer wieder durchscheitert und in der Polarisierung Kernstadt/Umland über Gebietskategorien gleichsam verräumlicht wird, lassen sich auch die Verteilungseffekte der gegenwärtig verfolgten Maßnahmen zur Stadterneuerung nicht präzise erfassen.

2. H./S. operieren nicht nur mit einem ungenügenden begrifflichen Instrumentarium zur Analyse städtischer Sozialstrukturen und bleiben daher diffus in der Charakterisierung sozialstruktureller Wandlungen; darüber hinaus vermitteln sie auch kein *historisch angemessenes und theoretisch fundiertes* Bild der tatsächlich zu beobachtenden Wandlungen im Suburbanisierungsprozeß und der ihm zugrundeliegenden ökonomischen, politischen und technologischen Veränderungen. Die Hinweise, das „Problem der Abwanderung ist nicht neu“ und „auch die damit verbundene soziale Segregation ist keineswegs ein neues Phänomen“ (474), vernachlässigen die für eine alternative Stadtentwicklungspolitik immens wichtige Aufgabe, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und räumlich relevanten Entwicklungstendenzen historisch zu spe-

Werner Durth, Manfred Teschner

Dezentralisierung - (immer) eine soziale Alternative?

Die Autoren haben Recht: Die Formel von der „Krise der Stadt“ bleibt leer, wenn sie nicht „jeweils neu und präzise beschrieben werden“ kann (471). Wir haben jedoch Zweifel, daß ihre vorgelegte Beschreibung des sozialräumlichen Umschichtungsprozesses diesem Anspruch genügt.

1. In ihrer Vereinfachung falsch erscheint uns die für die gesamte Argumentation grundlegende Behauptung, daß die Kernstädte insgesamt zu einem „Auffangbecken marginalisierter Gruppen“ werden

(472/480). Was sich u.E. hingegen beobachten läßt, ist eine *Hierarchisierung* innerstädtischer Wohnquartiere mit wachsendem Gefälle zwischen den erwähnten „*kleinen ghettoartigen Inseln der Armut*“, einer größeren Zahl baulich-räumlich, wie sozial recht heterogener „*Unterschicht*“-Quartiere und einigen wenigen (schon von Lage und Baustuktur) *privilegierten und sozial homogenen „bürgerlichen“ Vierteln*. Unberücksichtigt bleiben bei der Darstellung von H./S. außerdem die für innerstädtische Wohnquartiere charaktéri-

zifizieren, um die objektiven Bedingungen alternativer Politik genauer bestimmen zu können.

Dieses Defizit erklärt u.E. die höchst überraschende Einschätzung, daß die gegenwärtig propagierten Konzepte zur Stadterneuerung in der Tat eine generelle Trendumkehr bewirken könnten: vom „Auffangbecken marginalisierter Gruppen“ zur „Verbürgerlichung der Innenstädte“ (480/478) – eine gerade für „kritische“ Soziologen erstaunliche Bewertung der Fähigkeit staatlicher Politik zur Steuerung gesamtgesellschaftlicher Prozesse unter gegenwärtigen Bedingungen.

3. Etwas leicht machen es sich u.E. die Autoren schließlich auch mit der Formulierung einer alternativen Entwicklungspolitik, die in der Forderung mündet, „in die entgegengesetzte Richtung“ umzuverteilen: „Planungsmaßnahmen und verfügbare Mittel müßten auf diejenigen konzentriert werden, die einer Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse am meisten bedürfen.“ (480)

Was hier als alternative Politik ausgegeben wird, erschöpft sich – wenn wir es richtig sehen – im wesentlichen in der Formulierung eines moralischen Postulats, dem man den Respekt sicher nicht versagen kann. Wie aber eine solche Umverteilung zu erreichen ist, welche Gruppen diese Forderungen tragen und durchsetzen sollen, bleibt ebenso im Dunklen wie die für politische Praxis nicht unerhebliche Frage, an welchen Grenzen dieser Gesellschaft die „Randständigkeit“ und „Einkommensschwäche“ von Gruppen festgestellt werden sollen, von wem und mit welchen Folgen hier schon im Sprachgebrauch Ausgrenzungen vorgenommen werden. Eine alternative Politik, die mehr als ein moralischer Appell zu sein beansprucht, hätte u.E. genau diese Fragen ins Zentrum zu stellen, hätte vor allem die möglichen politischen Träger der Alternativen und mögliche Formen der Bündnispolitik aus einer sozialstrukturellen Analyse genauer zu bestimmen, statt bloß abstrakt auf das „Verhältnis zwischen traditioneller Arbeiterbewegung und den deklassierten Gruppen“ hinzuweisen (479).

Häußermann und Siebel haben einem weit verbreiteten Unbehagen an der gegenwärtigen Politik der Stadterneuerung Ausdruck gegeben. Darin liegt zweifellos ein wichtiges Verdienst. Es bleibt zu hoffen, daß die notwendige Kritik an ihrer Situationsbeschreibung, Problemanalyse und Alternativvorschlägen den Anspruch, der solche wissenschaftlich-politischen Analysen motiviert, schrittweise in einer theoretisch wie politisch verbindlicheren Weise einlöst.

Rezensionen: Neues zu Bologna

Harald Bodenschatz

STÄDTISCHE BODENREFORM IN ITALIEN

Die Auseinandersetzung um das Bodenrecht und die Bologneser Kommunalplanung
Campus Verlag 1979, DM 36,—

Tilman Harlander

REGIONALE ENTWICKLUNGSPOLITIK IN DER EMILIA ROMAGNA

Campus Verlag 1979, DM 36,—

Im Zusammenhang der Besprechung des Sammelbandes von Mayer/Roth/Brandes „Stadtkrise und soziale Bewegungen“ (ARCH+ 43/44) wies ich auf den eher zufälligen und sporadischen Charakter der Rezeption ausländischer Erfahrungen im Bereich der Urbanistik und Kommunalpolitik hin. Nunmehr liegen mit den Bänden von H. Bodenschatz und T. Harlander zwei Arbeiten vor, die auf der Basis eines systematischen Quellenstudiums einen der wichtigsten und meistdiskutierten Ansätze in den letzten Jahren, die Planungspolitik der PCI in Bologna und in der diese Stadt umgebende Region Emilia-Romagna, diskutieren und einschätzen suchen. (Eine dritte Arbeit von L. Jax, die sich schwerpunktmäßig mit der Frage nach der basisdemokratischen Fundierung dieser Politik und damit vor allem mit der Entwicklung der Quartierdemokratie und ihren Institutionen in Bologna befaßt, wird in absehbarer Zeit erscheinen.)

Methodisch sind beide (allerdings aufgrund der Materialfülle nicht durchweg leicht zu lesenden) Arbeiten ähnlich angelegt: Durch die historisch angelegte Analyse der jeweiligen Rahmenbedingungen (nationaler Kontext, Gesetzgebung etc.) sowie die enge Verbindung von ökonomischen, politischen und sozialen Faktoren wird versucht, aus der gerade im Fall Bologna allzu häufig geübten Sterilität schlichter Zustimmungs- oder Ablehnungslogik einen Ausweg zu finden.

Die Arbeit von H. Bodenschatz umfaßt zwei größere Themenkomplexe, die bereits im Untertitel angesprochen werden:

- die politische Auseinandersetzung um das italienische Städtebaurecht seit dem II. Weltkrieg und
- die Entwicklung und widersprüchliche Durchsetzung eines sozialorientierten Planungskonzeptes am Beispiel der Stadt Bologna.

Die Zusammenfassung dieser beiden Themenschwerpunkte verweist auf einen erweiterten Begriff von „städtischer Bodenreform“: zum einen läßt sich der gesellschaftliche Konflikt um die gesetzliche Verankerung neuer Planungsinstrumente nicht ohne die genaue Kenntnis der fortgeschrittensten Praktiken der Anwendung bestehender Instrumente diskutieren, zum anderen bleiben sozialorientierte Stadtplanungskonzepte wie das von Bologna nur allzuleicht bestaunte, aber unbegriffene „Modelle“, wenn ihr nationaler Kontext im Dunkeln bleibt. Städtische Bodenreform ist in diesem Sinne nicht nur und nicht in erster Linie eine Reform des Planungsinstrumentariums, sondern vor

allem die praktische Konzeptionierung eines „urbanistischen Leitbildes“, „also die Klärung der Frage, wofür das verbesserte Instrumentarium eingesetzt werden soll, sowie die Durchsetzung dieses Leitbildes in der planungspolitischen Praxis“.

Im Rahmen der kritischen Analyse und Dokumentation des italienischen Städtebau- und Bodenrechts, das in der BRD bisher noch kaum rezipiert worden ist, interessiert sich Bodenschatz in politischer Hinsicht insbesondere für die Kontroverse um das „legge sulla casa“ von 1971: Diese Reform war nicht nur – wie auch in Italien sonst üblich – Gegenstand der Auseinandersetzung von Parteipolitikern, von „Experten“, sondern auch „zentrales Kampffeld der Arbeiterbewegung“. Dies bedingte eine besondere Komplexität des Konfliktes, der von der Taktik der Gewerkschaften wesentlich mitbestimmt wurde und auch eine radikale Revision der traditionellen Rolle der Wissenschaft (des urbanistischen Fachverbandes) implizierte. Eine gewisse Entpolitisierung der Städtebaureform zeigt sich jedoch – wie Bodenschatz darstellt – Mitte der 70er Jahre. Mit der Problematisierung der 1978 verabschiedeten Mietgesetze sowie der Darstellung des Gesetzes über die Neuordnung des Eigentumsrechts am Boden von 1977 wird in der Arbeit zugleich immer auch die Frage nach den Ergebnissen der von der PCI verfochtenen Politik des „historischen Kompromisses“ auf dem Gebiete der Urbanistik behandelt.

Mit dieser Arbeit über Bedingungen, Möglichkeiten und Grenzen kommunaler (und interkommunaler) Reformpolitik im urbanistischen wie ökonomischen Bereich wird u. E. die bislang dominierende traditionelle Bolognarezeption in drei wichtigen Punkten erweitert oder auch korrigiert:

Erstens wird der *konfliktuelle* Charakter der Planungspraxis herausgearbeitet. So erscheint z.B. der bekannte Plan für den sozialen Wohnungsbau im historischen Zentrum in einem veränderten Licht: nicht mehr als wissenschaftlich brillantes Produkt der Planungsabteilung der Kommune, sondern als kompromißhaftes Ergebnis eines in Italien einmaligen urbanistischen Konfliktes. Es ist ein Ergebnis, das den Verzicht auf die beabsichtigte Enteignung der zu sanierenden Gebäude und Flächen und auf die Selbstverwaltung der sanierten Komplexe im Rahmen von Mietergenossenschaften beinhaltet.

Zweitens wird auch die Krise der *Reformpolitik* nach 1975 behandelt, die sich in einer Neuordnung der kommunalen